



Stau auf der Autobahn: Die Wirtschaft will verstärkt um Verständnis für den Ausbau der Infrastruktur bei den Bürgern werben. FOTO: DPA

Großprojekte

Wirtschaft sorgt sich um Akzeptanz

Die Wirtschaft fürchtet den Widerstand der Bürger bei Großprojekten. Dem Investitionsstau müsse mit einem neuen gesellschaftlichen Konsens über Infrastrukturvorhaben und schnelleren Genehmigungsverfahren begegnet werden, fordern Industrievertreter.

Von Jürgen Schmidt

BERLIN/STUTTGART. Die großen Wirtschaftsverbände in Deutschland fürchten, dass Großvorhaben hierzulande immer weniger auf Akzeptanz stoßen. „Zurzeit sind 53 Großprojekte mit einem Investitionsvolumen von rund 46 Milliarden Euro gestoppt“, sagte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in dieser Woche auf dem Kongress „Deutschland im Investitionsstau“, einem Treffen von Industrievertretern mit der Bau- und Baustoffindustrie in Berlin. Zum einen sei dies auf Finanzierungsschwierigkeiten zurückzuführen, zum anderen aber auf die fehlende Akzeptanz und den Widerstand vor Ort, sagte Rösler.

Und der wächst. Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach sind mittlerweile 58 Prozent der deutschen Bevölkerung der Meinung, dass sich Großprojekte schwer durchsetzen und realisieren

lassen. Eine Mehrheit sei sich nicht sicher, ob die Voraussetzung für eine Planungssicherheit heute flächendeckend gegeben sei, heißt es in der Studie.

Bürger sehen keinen Nachholbedarf bei Infrastrukturinvestitionen

Anders als die Wirtschaft sehen die Bürger aber keinen immensen Nachholbedarf bei Infrastrukturinvestitionen. 59 Prozent schätzen die bestehende Infrastruktur im Verkehrsbereich als gut oder sehr gut ein, auf dem Energiesektor sind sogar 64 Prozent dieser Meinung.

Die deutsche Industrie sieht den Bedarf dagegen weit höher. „In keinem anderen europäischen Land werde im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt so wenig von der öffentlichen Hand investiert wie in Deutschland“, kritisierte Jürgen Hambrecht, Präsidiumsmitglied des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). Der langjährige BASF-Chef moniert, dass seit

dem Jahr 2003 die öffentlichen Abschreibungen über den Nettoinvestitionen lägen. Um rascher zur Auflösung des Investitionsstaus zu kommen, setzt der BDI einerseits auf eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, andererseits auf mehr Bürgerbeteiligung. Hambrecht sieht darin keinen Widerspruch, setzt der Bürgerbeteiligung aber Grenzen. „Innovative Dialogforen wie Mediation und Planungsdialoge sind keine Allheilmittel.“ Sie sollten fakultativ sein und im Vorfeld des gesetzlich vorgeschriebenen Verwaltungsverfahrens durchgeführt werden.

Auch Planungsrechtsexperten teilen die Position des BDI. „Die Beteiligung der Öffentlichkeit kann die Akzeptanz für Projekte fördern, sie kann jedoch nicht demokratische Legitimation leisten“, sagte Rechtsanwalt Siegfried de Witt. Er plädierte dafür, bei Bauvorhaben von Bundesfernstraßen den Bürgern bereits vor der Linienbestimmung die Chance zur Mitsprache einzu-

räumen. Dies müsse auch per Internet oder E-Mail möglich sein. Das Ergebnis dieser Beteiligung sei aber für das Verfahren nicht bindend.

Chancen für eine Beschleunigung von Verfahren sieht die Fachanwältin für Verwaltungsrecht, Andrea Versteil, in einer Professionalisierung des Genehmigungsmanagements bei Vorhabenträgern und Behörden. Zudem müssten bestehende Beschleunigungsinstrumente stärker genutzt und in das Verwaltungsverfahrensgesetz integriert werden. Von einer weiteren Verkürzung der Rechtswege riet sie allerdings ab.

Wirtschaftsminister Rösler will Planungen beschleunigen

Um die Planungszeiträume zu verkürzen, will die Bundesregierung ein Planungsbeschleunigungsgesetz auf den Weg bringen. Das kündigte Wirtschaftsminister Rösler an. Er räumte ein, dass die bisherigen Verfahren zur Bürgereinbindung bei Weitem nicht so gut seien wie sie sein müssten.

MEHR ZUM THEMA
Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat ein Informationsportal im Internet gestartet, um für bessere Rahmenbedingungen für Investitionen zu informieren und zu werben: www.investitionsagenda.de

„Zwölf Milliarden Euro pro Jahr für Verkehrsbereich nötig“

Nach Einschätzung des Bundesverbandes der deutschen Industrie sind allein im Verkehrsbereich zwölf Milliarden Euro pro Jahr erforderlich, um die Infrastruktur bedarfsgerecht zu unterhalten und auszubauen. Faktisch seien aber

seit 2005 lediglich zwischen 9,3 und 9,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt worden. Nur durch die Konjunkturpakete habe sich die Investitionssumme im Jahr 2009 auf 11,5 und 2010 auf 12,2 Milliarden Euro erhöht.

Drei Millionen Euro für Denkmalpflege

OSNABRÜCK. Drei Prozent aller bewohnten Gebäude in Deutschland stehen unter Denkmalschutz. Ihre energetische Sanierung gestaltet sich aber oft schwierig, da moderne Sanierungsmethoden und Materialien nicht ohne Weiteres mit der historischen Substanz kombinierbar sind.

Mit einem neuen Förderschwerpunkt will die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) daher ein Forum schaffen, in dem sich Forscher, Denkmalpfleger und Architekten über die Chancen und Risiken energetischer Maßnahmen in der Denkmalpflege verständigen und gemeinsam an innovativen Lösungsstrategien arbeiten können. Dafür stellt die Stiftung ein Förder-volumen von drei Millionen Euro zur Verfügung. (sta)

tion Umwelt (DBU) daher ein Forum schaffen, in dem sich Forscher, Denkmalpfleger und Architekten über die Chancen und Risiken energetischer Maßnahmen in der Denkmalpflege verständigen und gemeinsam an innovativen Lösungsstrategien arbeiten können. Dafür stellt die Stiftung ein Förder-volumen von drei Millionen Euro zur Verfügung. (sta)

In vielen Unternehmen fehlt ein Notfallplan für den plötzlichen Ausfall des Chefs

Consulting-Firma entwickelt Lösung, um betroffenen Unternehmen schwerwiegende Folgen zu ersparen

HEILBRONN. Viele Unternehmen haben keine Vorsorge für den Fall getroffen, dass der Firmenlenker durch einen Unfall oder eine plötzliche Krankheit ausfällt. Dann kann eine Firma schnell in schwieriges Fahrwasser geraten. Besonders betroffen sind inhabergeführte Betriebe. Außer dem Chef weiß dort oft niemand Bescheid über wichtige Geschäftsvorgänge.

Vollmachten bei der Bank waren nicht geregelt

Mitarbeiter sowie Familienangehörige sind dann meist überfordert. Mit verheerenden Folgen, wie Andreas Streich, Inhaber des Heilbronner Controlling-Dienstleisters FE Consult, aus eigener Beobachtung bei zwei Firmen weiß: „Die Vollmachten bei der Bank waren nicht geregelt, die Löhne konnten nicht mehr ausbezahlt werden, Steuertermine standen an, aber nie-

mand war autorisiert, den Zahlungsverkehr abzuwickeln“, erzählt er. Wird der Ausfall des Firmenlenkers nicht rasch aufgefangen, droht oft sogar die Insolvenz.

Streich, dessen Firma für Mittelständler Jahresplanungen, Monats-

berichte und Liquiditätspläne erstellt, hat daher für solche Situationen einen Notfallplan entwickelt. Der Clou: Alles notwendige dafür passt auf einen kleinen USB-Stick.

Mithilfe einer speziellen Software können Firmeninhaber auf dem

kennwortgeschützten Speicher alle relevanten Daten nach Themengebieten ablegen. Autorisierte Mitarbeiter und Angehörige erhalten schnell Einblick in Bereiche wie Finanzen, Kunden, Lieferanten und Vollmachten bis hin zu Personalan-gelegenheiten und Kennwörtern.

Sämtliche Informationen an einem zentralen Ort

„Der Stick bündelt sämtlich Informationen an einem zentralen Ort“, sagt der Unternehmensberater. Die müssten im Notfall dann nicht erst mühevoll zusammengesucht werden. Seit zwei Monaten ist der Stick auf dem Markt. In der Grundversion kostet er knapp 300 Euro. (leja)

MEHR ZUM THEMA
Informationen zum USB-Stick der Firma FE Consult unter: www.notfall-plan.com



Wenn ein Notfall eintritt, ist es von Vorteil, wenn außer dem Chef weitere Mitarbeiter oder Angehörige Bescheid wissen über wichtige Geschäftsvorgänge in der Firma. FOTO: DPA

Umbau könnte EnBW 1,5 Milliarden Euro kosten

Eine Strategie für den Energiekonzern ist noch offen

KARLSRUHE. Das Land Baden-Württemberg und der Kommunalverband OEW müssen für den Umbau des Energieversorgers EnBW vom Atomkonzern zum grünen Energielieferanten mit hohen Kosten rechnen. Laut Bericht der Nachrichtenagentur dpa sind dafür rund 1,5 Milliarden Euro nötig. Rund 800 Millionen Euro sollen die beiden Großaktionäre beisteuern.

Etwas 750 Millionen Euro hofft EnBW-Chef Hans-Peter Villis durch Einsparungen hereinzubekommen. Ein Drittel davon entfalle auf Personalkosten. Kündigungen sollen unternehmensnahen Kreisen zufolge aber vermieden wer-

den. Die Diskussion mit der grünen Landesregierung über die Strategie ist in vollem Gange. Zur Debatte steht, ob die EnBW zu einem größeren Stadtwerk zusammengeschrumpft werden soll wie aus Kreisen der Landesregierung zu hören war. Oder ob der von EnBW-Chef Villis angestrebte europaweite Ausbau des Energie-Konzerns verfolgt werden soll.

Villis will weitere Windparks in der Nordsee und Gas-Kraftwerke bauen und auch in Nachbarstaaten wie der Schweiz oder Tschechien aktiv bleiben. Am 23. September soll im Aufsichtsrat der EnBW darüber gesprochen werden. (leja)

Bausparkassen laden zum Wettbewerb ein

Preisgelder für Wohnungs- und Bauinvestoren

SCHWÄBISCH HALL. Die Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen (ARGE) lobt einen Wettbewerb für öffentliche und private Wohnungs- und Bauinvestoren in Baden-Württemberg aus. Damit sollen Bauprojekte und Konzepte ausgezeichnet werden, die den Bedürfnissen aller Generationen dienen. „Sie müssen städtebaulich integriert sein und so die wertvolle städtische Infrastruktur

schonen und den Landschaftsverbrauch eindämmen“, heißt es in den Vorgaben. Es stehen Preisgelder in Höhe von 80 000 Euro bereit. Einsendeschluss für die Bauprojekte und Konzepte ist der 1. Dezember 2011. (sta)

MEHR ZUM THEMA
Informationen zum Wettbewerb unter: www.arge-online.org

IHK besteht auf Reform der Gewerbesteuer

Steuereinnahmen für Kommunen steigen

STUTTGART. Nach einer Untersuchung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart weisen die 24 großen Kreisstädte der Region Stuttgart sowie die Landeshauptstadt Mehreinnahmen bei Steuern in Höhe von durchschnittlich 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Nach Ansicht der IHK-Experten belegen die Ergebnisse die Dringlichkeit einer strukturellen Reform der Gewerbesteuer: Es zeige sich, dass den Kommunen die Planungskontinuität fehle. Sie seien teils abhängig von der Gewinnsituation eines einzelnen Unternehmens.

Eine klare Absage erteilte die Kammer den Plänen der Landesre-

gierung, die substanzbesteuernden Elemente der Gewerbesteuer weiter auszudehnen.

Kritik übte sie an zahlreichen Grundsteuererhöhungen. Nachdem im vergangenen Jahr fast die Hälfte aller untersuchten Kommunen den Hebesatz teils drastisch erhöht habe, hätten 2011 weitere sechs Kommunen unterschiedlich kräftig aufgestockt. IHK-Präsident Herbert Müller warnte die Kommunen „vor einem Überdrehen“ der Hebesatzschraube bei der Grundsteuer. Stelle sich die Wirtschaftslage so gut dar wie jetzt, sollten die Kommunen eher überlegen, die Erhöhungen wieder rückgängig zu machen. (sta)

Dienstleister

BRANDSCHUTZ IN GLAS
Haser Metallbau
Telefon 07832-9144-0
Telefax 07832-9144-22
www.haser.de

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz für Ihr Unternehmen
In Industrie und Handwerk, Gemeinden und sozialen Einrichtungen
Info@rampf-projektmanagement.de
01 71 / 3 86 24 95 / 0 71 41 / 78 97 55